

Bericht über die Prüfung eines
Teilgewinnabführungsvertrages
nach § 293 b AktG

DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT
Frankfurt am Main

31. März 2010

Bericht über die Prüfung eines
Teilgewinnabführungsvertrages
nach § 293 b AktG

DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT
Frankfurt am Main

31. März 2010

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

I. PRÜFUNGSauftrag und Auftragsdurchführung	1
II. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE	2
III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	3
1. Aufgaben des Vertragsprüfers	3
2. Teilgewinnabführungsvertrag (Revenue Sharing Agreement und Operating Agreement)	3
IV. PRÜFUNGSERGEBNIS UND SCHLUSSERKLÄRUNG	7

ANLAGEN

Entwurf „Revenue Sharing Agreement“ einschließlich „Operating Agreement“

Anlage I
Seite 1 - 18

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer
und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Sonderbedingungen

Anlage II
Seite 1 - 3

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Kurzbezeichnung

vollständige Bezeichnung

AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Deutsche Bank	DEUTSCHE BANK AKTENGESSELLSCHAFT, Frankfurt am Main
DBFLLC	Deutsche Bank Financial LLC, Delaware (USA)
DBNY	Niederlassung der Deutsche Bank AG in New York City, USA
LLC	Limited Liability Company
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles

I. PRÜFUNGS-AUFTRAG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG

Auf Antrag der

DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt am Main
(im Folgenden auch „Deutsche Bank“ oder „Bank“ genannt)

hat uns das Landgericht Frankfurt am Main durch Beschluss vom 14. Februar 2011 (Aktenzeichen 3-5 O 9/11) zum Vertragsprüfer gemäß § 293c Abs. 1 i. V. m. § 293b AktG betreffend eines vorgesehenen Teilgewinnabführungsvertrags zwischen der Deutsche Bank AG und der Deutsche Bank Financial LLC, Delaware (USA), (im Folgenden auch „Vertragspartner“ oder „DBFLLC“ genannt) bestellt.

Gegenstand unserer Prüfung waren die als Anlage I beigefügten Vertragsentwürfe nach dem Recht des Staates New York (USA) zwischen der Deutschen Bank und der DBFLLC, die eine Vereinbarung zur Ertragsaufteilung (Revenue Sharing Agreement) und eine Organisationsvereinbarung (Operating Agreement) umfassen.

Der Umfang unserer Prüfung ergibt sich aus den aktienrechtlichen Vorschriften und erstreckte sich darauf, festzustellen, ob die für den vorliegenden Vertragstypus erforderlichen Regelungen enthalten sind.

Wir haben die Prüfung im März 2011 bis zum 31. März 2011 in unseren Geschäftsräumen in Hamburg durchgeführt. Die gesetzlichen Vertreter der Deutschen Bank erteilten alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise und bestätigten uns deren Vollständigkeit in einer schriftlichen Erklärung.

Für die Durchführung des Prüfungsauftrags und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002 sowie unsere Sonderbedingungen für die Erhöhung der Haftung im Rahmen der Allgemeinen Auftragsbedingungen vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage II beigefügt sind. Die Erhöhung der Haftung findet keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung, eine niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

II. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Die Bank ist im Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt unter der Nr. HRB 30 000 eingetragen. Sie wird in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt. Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Der Vertragspartner ist eine Limited Liability Company (LLC) nach dem Recht des Staates Delaware (USA). Die Gesellschaft ist registriert unter der Nummer 3410898. Sitz der Gesellschaft ist Wilmington, Delaware (USA).

Mit Zustandekommen des Revenue Sharing Agreements und des Operating Agreements werden Vertragsbeziehungen zwischen der Deutschen Bank und DBFLLC hinsichtlich der gemeinsamen Beteiligung an einer rechtlich unselbständigen Geschäftseinheit der Deutschen Bank geregelt, wonach sich die Deutsche Bank zur Abführung von Teilen ihres Gewinns dieser Geschäftseinheit verpflichtet. Der abzuführende Betrag ergibt sich als Teil des Ergebnisses der Niederlassung der Deutschen Bank in New York City, USA, (im Folgenden auch „DBNY“ genannt) sowie bestimmter im Revenue Sharing und Operating Agreement definierter Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, die mit der DBNY für US-steuerliche Zwecke eine Einheit bilden. Die Ergebnisaufteilung ist hierbei Regelungsgegenstand des Revenue Sharing Agreements, während das Operating Agreement als Organisationsvereinbarung Regelungen über Geschäftsleitung, Kontroll- und Einflussrechte bezogen auf die definierte Geschäftseinheit beinhaltet.

III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

1. Aufgaben des Vertragsprüfers

Die zwischen der Deutschen Bank und der DBFLLC noch abzuschließenden Verträge (Revenue Sharing Agreement und Operating Agreement) bilden eine zusammen zu betrachtende Gesamtvereinbarung und erfüllen die Kriterien eines anderen Unternehmensvertrags gemäß § 292 Abs. 1 Nr. 2 AktG (Teilgewinnabführungsvertrag).

Wesentliche Aufgabe des Vertragsprüfers ist es, festzustellen, ob der im Unternehmensvertrag vorgeschlagene Ausgleich oder die vorgeschlagene Abfindung angemessen ist (§ 293e Abs. 1 Satz 2 AktG). Das Angebot eines angemessenen Ausgleichs bzw. einer Abfindung (§§ 304, 305 AktG) ist jedoch ausschließlich für Beherrschungs- bzw. Gewinnabführungsverträge (§ 291 AktG) vorgesehen. Andere Unternehmensverträge im Sinne des § 292 AktG müssen dagegen keine Regelungen über einen Ausgleich oder über eine Abfindung enthalten, sofern sie nicht faktisch auch einen Gewinnabführungsvertrag bzw. Beherrschungsvertrag darstellen. Ein darüber hinausgehender Mindestinhalt ist für Unternehmensverträge gesetzlich nicht vorgeschrieben.

Wir haben die uns vorgelegten Vertragsentwürfe daraufhin geprüft, ob sie die nach dem Vertragstypus eines Teilgewinnabführungsvertrags erforderlichen Regelungen enthalten und ob aufgrund der getroffenen Vereinbarungen ein Ausgleich bzw. eine Abfindung geschuldet wird.

Bei unserer Prüfung haben wir neben den Vertragsentwürfen auch den gemeinsamen Bericht über den Unternehmensvertrag gemäß § 293a AktG des Vorstands der Deutschen Bank und des Board of Managers der DBFLLC insoweit herangezogen, als er über den Prüfungsgegenstand wesentliche Ausführungen enthält. Der gemeinsame Bericht über den Unternehmensvertrag selber, einschließlich der darin enthaltenen rechtlichen und wirtschaftlichen Ausführungen, sowie die Beurteilung der Zweckmäßigkeit des Unternehmensvertrages ist jedoch nicht Gegenstand der Vertragsprüfung gemäß § 293b AktG.

Ergänzend weisen wir darauf hin, dass die Erreichung der in den Präambeln der abzuschließenden Verträge genannten steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Zwecke sowie eine Prüfung nach US-Recht nicht Gegenstand unserer Vertragsprüfung waren.

2. Teilgewinnabführungsvertrag (Revenue Sharing Agreement und Operating Agreement)

Das zwischen der Bank und dem Vertragspartner noch abzuschließende Revenue Sharing Agreement und noch abzuschließende Operating Agreement sind in der englischen Originalfassung unserem Bericht als Anlage I beigefügt.

Regelungsgegenstand der aus dem Revenue Sharing Agreement und dem Operating Agreement bestehenden Gesamtvereinbarung ist die Beteiligung der DBFLLC an dem US-Geschäft der Deutschen Bank:

- Das Revenue Sharing Agreement regelt hierbei die Leistung der von der DBFLLC zu tätigenen Einlage sowie die Verteilung eines Gewinns bzw. Verlusts des US-Geschäfts der Deutschen Bank auf die Vertragspartner.
- Das Operating Agreement als Organisationsvereinbarung beinhaltet u.a. Regelungen über die Bildung von Leitungsorganen für das US-Geschäft der Deutschen Bank sowie die Einfluss- und Kontrollrechte der DBFLLC.

Mit Abschluss des Revenue Sharing Agreements verpflichtet sich die Deutsche Bank – als Gegenleistung für die von der DBFLLC in die DBNY zu leistende Einlage – zur Abführung eines Anteils an dem zusammengefassten Gewinn der DBNY und bestimmter Tochtergesellschaften, die zusammen mit der DBNY als sog. „common parent“ eine gemeinsame Steuererklärung auf US-Bundesebene abgeben können (Section 2 (a) Revenue Sharing Agreement).

Die von der DBFLLC zu leistende Einlage ist nach Section 1 Revenue Sharing Agreement zunächst in Höhe von US\$ 385 Mio. vorgesehen und durch Zahlung zum 31. Dezember 2011 zu leisten. Die Einlage repräsentiert angabegemäß in etwa 2% des Eigenkapitals der DBNY einschließlich der mit der DBNY zusammengefassten bestimmten Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Der für obige Angabe der DBNY zugerechnete Teil des Eigenkapitals der Deutschen Bank – dieses abgegrenzt als handelsrechtliches Eigenkapital zuzüglich bestimmter sogenannter Trust Preferred Securities – wurde in Höhe des relativen Anteils der nach bankaufsichtsrechtlichen Regelungen bestimmten risikogewichteten Aktiva der DBNY im Verhältnis zu denen der Deutschen Bank ermittelt.

Section 2 (b), Section 3 (b) und Section 3 (d) Revenue Sharing Agreement treffen Regelungen, nach denen die DBFLLC in Höhe ihres proportionalen Anteils (2%) Nachschüsse zu leisten hat bzw. Kapitalrückzahlungen erhält, wenn das von der Deutschen Bank an die DBNY allokierte Kapital sich erhöht oder vermindert. Die für einen Nachschuss oder eine Kapitalrückzahlung der DBFLLC maßgebliche Kapitalveränderung des Eigenkapitals der DBNY wird errechnet als Veränderung zwischen dem zu Beginn und zum Ende eines Jahres der DBNY zugerechneten Eigenkapitals der Deutschen Bank (definiert als handelsrechtliches Eigenkapital zuzüglich bestimmter sogenannter Trust Preferred Securities). Der der DBNY zugerechnete Teil des Eigenkapitals der Deutschen Bank zum Ende einer jeden Periode ergibt sich dabei in Höhe des jeweiligen Anteils der DBNY an den durchschnittlichen risikogewichteten Aktiva der Deutschen Bank im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr unter Berücksichtigung von bereits unterjährig als Entnahme oder Einlage behandelten Vorgängen wie z. B. die Zahlung bestimmter Dividenden von US-Tochtergesellschaften (Definition von Branch Equity in Section 1 Revenue Sharing Agreement).

An den konsolidierten Gewinnen bzw. Verlusten der DBNY und der mit der DBNY für Zwecke des US-Steuerrechts als Einheit zusammengefassten sonstigen Gesellschaften ist die DBFLLC grundsätzlich entsprechend der Höhe des festgesetzten Anteils von 2% beteiligt (Section 2 (a) in Ver-

bindung mit Section 1 Revenue Sharing Agreement). Die Ermittlung des konsolidierten Ergebnisses erfolgt dabei nach US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätzen (US-GAAP).

In Gewinnjahren besteht ein Anspruch auf eine Auszahlung des auf die DBFLLC entfallenden Anteils an dem nach US-GAAP festgestellten Gewinn jedoch nur insoweit, als zuvor ggf. aufgelaufene Verluste aus Vorjahren ausgeglichen sind und der verbleibende Betrag die Maximalausschüttung in Höhe von 11,5% der Einlage nicht übersteigt (Section 3 (a) Revenue Sharing Agreement und Definition des Distribution Amount in Section 1). Über die Maximalausschüttung hinausgehende Beträge kommen nicht zur Auszahlung, dienen aber zur Verrechnung mit etwaigen künftigen auf die DBFLLC entfallenden Verlusten.

Auf die DBFLLC entfallende Verluste werden, sofern sie nicht durch einbehaltene Gewinnanteile aus vergangenen Jahren (d. h. solche, die die Maximalausschüttung überstiegen) oder Gewinne aus späteren Gewinnen ausgeglichen wurden, vorgetragen. Die Verluste kürzen weder die Höhe der Einlage, die Bemessungsgrundlage für die Begrenzung der Ausschüttung auf 11,5% ist, noch haben sie einen unmittelbaren Einfluss auf den Anteil der DBFLLC (2%) am Ergebnis.

Die Rückzahlung erfolgt in Höhe der Einlage abzüglich etwaiger aufgelaufener und nicht ausgeglichener Verluste. Die Verlustbeteiligung der DBFLLC ist hierbei auf die Höhe der Einlage begrenzt. Eine darüber hinaus gehende Verlustausgleichspflicht besteht nicht. An Gewinneinhalten, die nicht durch Verluste ausgeglichen wurden bzw. an stillen Reserven partizipiert die DBFLLC nicht (Section 3 (c) Revenue Sharing Agreement und Definition des Termination Payment).

Die Laufzeit sowohl des Revenue Sharing Agreements als auch des Operating Agreements ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die Laufzeit des Revenue Sharing Agreements endet hierbei stets mit der Laufzeit des Operating Agreements, das entweder mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen zum Ende des laufenden Geschäftsjahres von der Deutschen Bank beendet werden kann oder automatisch zu dem Geschäftsjahresende endet, in dem die DBNY ihre Geschäftstätigkeit einstellt. Eine Kündigung durch die DBFLLC ist ausgeschlossen (Section 1 Revenue Sharing Agreement in Verbindung mit der Definition von Termination Date in Section 1 Operating Agreement).

In dem Operating Agreement vereinbaren die Deutschen Bank und die DBFLLC, dass die Verantwortung für die Führung und Kontrolle der Geschäfte der DBNY auf ein besonderes Leitungsgremium (Board of Directors) übertragen wird, zu Vertragsbeginn bestehend aus sieben Mitgliedern (Section 2 (a) Operating Agreement). Die Anzahl der Mitglieder dieses Board of Directors muss stets der Anzahl der Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank entsprechen.

DBFLLC hat das Recht ein Mitglied zu stellen. Dieses Recht besteht nur insoweit, als die DBFLLC eine Person benennen kann, die sowohl Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank als auch Mitglied des Board of Directors der DBFLLC ist. Die übrigen Mitglieder des Leitungsgremiums für das US-Geschäft werden durch die Deutschen Bank bestimmt (Section 2 (b) Operating Agreement). Beschlüsse des Leitungsgremiums werden mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst (Section 2 (c) Operating Agreement).

Die Kontrolle und Beherrschung der Deutschen Bank über die DBNY und der mit der DBNY zusammengefassten Tochtergesellschaften wird über die Einrichtung des Leitungsgremiums nicht beeinträchtigt. Die Deutschen Bank hat das Recht die Mehrzahl der Mitglieder zu benennen und darüber hinaus muss das von der DBFLLC benannte Mitglied stets zugleich auch Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank sein.

Das Revenue Sharing Agreement und das Operating Agreement als Einheit verpflichtet die Deutschen Bank im Wesentlichen einen Teil des Gewinns eines Betriebsteils (der DBNY sowie weiterer mit der DBNY zusammengefassten Tochtergesellschaften) an die DBFLLC abzuführen. Die DBFLLC hat einen vertraglichen Anspruch auf die Abführung dieses Teilgewinns als Gegenleistung für die Erbringung der von ihr geschuldeten Einlage. Bestimmungen über einen Ausgleich oder über eine Abfindung müssen solche Teilgewinnabführungsverträge nicht enthalten.

IV. PRÜFUNGSERGEBNIS UND SCHLUSSEKTLÄRUNG

Die Einlage der DBFLLC in die Niederlassung New York der Deutschen Bank beträgt laut des uns vorgelegten Vertragsentwurfes anfänglich US\$ 385 Mio. Die Einlage ist durch Zahlung zum 31. Dezember 2011 zu leisten.

Soweit während der Vertragslaufzeit das von der Deutschen Bank der DBNY kalkulatorisch auf der Basis aufsichtsrechtlicher Grundsätze zugeschlüsselte Eigenkapital sich ändert, erfolgt eine proportionale Anpassung der Einlage der DBFLLC entsprechend ihres Anteilsverhältnisses durch Nachschüsse bzw. Kapitalrückzahlungen.

Die Verträge sind auf unbestimmte Zeit geschlossen, können jedoch durch die Deutsche Bank mit einer Frist von 30 Tagen zum Ende eines Geschäftsjahres gekündigt werden. Der Vertragspartner hat kein Kündigungsrecht.

Der Gewinnanspruch der DBFLLC als Gegenleistung für ihre Einlage ergibt sich als fester Prozentsatz (voraussichtlich 2%) des konsolidierten nach US-GAAP ermittelten Gewinns der Niederlassung New York der Deutschen Bank einschließlich der Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, die zusammen mit der Niederlassung New York als gemeinsame Muttergesellschaft eine gemeinsame Steuererklärung gemäß dem US-Bundeseinkommensteuergesetz abgeben. Gewinnauszahlungen an die DBFLLC sind hierbei ergänzend auf 11,5% der Einlage beschränkt und grundsätzlich nur insoweit zahlbar als keine nicht ausgeglichenen Verlustbeteiligungen aus Vorjahren mehr bestehen.

Das Operating Agreement gewährt der DBFLLC einen von sieben Sitzen in einem für die DBNY und bestimmte Tochterunternehmen geschaffenen Leitungsgremium. Eine Beherrschung der DBNY oder dieser Tochterunternehmen durch die DBFLLC ergibt sich hieraus nicht.

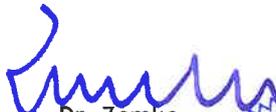
Das Revenue Sharing Agreement sowie das Operating Agreement gewähren im Wesentlichen einen Anteil an dem Gewinn eines Betriebsteils der Deutschen Bank. Bestimmungen über einen Ausgleich oder über eine Abfindung sind in solchen Verträgen nicht zu treffen soweit sie nicht Elemente eines Beherrschungsvertrages enthalten. Das ist nach dem Inhalt der vorliegenden Verträge nicht der Fall. Unter Berücksichtigung der Verlustbeteiligung des Vertragspartners sowie der grundsätzlichen Unkündbarkeit der Verträge durch den Vertragspartner halten wir die in dem Revenue Sharing Agreement getroffenen Vereinbarungen über den Gewinnanteil an dem konsolidierten Ergebnis der DBNY sowie weiterer Tochtergesellschaften nach den derzeitigen Verhältnissen nicht für unangemessen.

Aufgrund der uns vorgelegten Unterlagen (Vertragsentwürfe des Revenue Sharing Agreements sowie des Operating Agreements über die Leistung einer Einlage in das Geschäft der Niederlassung New York der Deutschen Bank sowie des gemeinsamen Berichts des Vorstands der Deutschen Bank und des Board of Managers der DBFLLC) sowie der uns erteilten Auskünfte und Nachweise geben wir folgende Erklärung ab:

„Die Vertragsentwürfe des Revenue Sharing Agreements und des Operating Agreements über die Leistung einer Einlage in das Geschäft der Niederlassung New York der Deutschen Bank stellen einen Unternehmensvertrag im Sinne des § 292 Abs. 1 Nr. 2 AktG dar. Eine Regelung über einen Ausgleich oder über eine Abfindung ist nach dem Inhalt des Vertrages nicht erforderlich.“

Hamburg, 31. März 2011

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dr. Zemke
Wirtschaftsprüfer


Butte
Wirtschaftsprüfer



ANLAGEN

REVENUE SHARING AGREEMENT

This **REVENUE SHARING AGREEMENT** (this “*Agreement*”), dated as of December 31, 2011 (the “*Effective Date*”) is entered into by and among Deutsche Bank AG, a German Aktiengesellschaft (“*DBAG*”), and Deutsche Bank Financial LLC, a Delaware limited liability company (“*Affiliate*” and together with DBAG, the “*Parties*”).

RECITALS

WHEREAS, DBAG is a stock corporation organized under the laws of Germany and is engaged in a wide range of banking and other financial activities;

WHEREAS, DBAG conducts some of its business activities through its New York Branch (“*DBNY*”) and other of its business activities through corporate subsidiaries organized under the laws of various States of the United States;

WHEREAS, Taunus Corporation, a Delaware corporation (“*Taunus*”), is the ultimate United States parent company of substantially all of DBAG’s United States subsidiaries (together with Taunus, the “*Taunus Group*”);

WHEREAS, Taunus is a bank holding company within the meaning of the U.S. Bank Holding Company Act of 1956, as amended, and is subject to regulatory oversight by the United States Federal Reserve System and the New York State Banking Department;

WHEREAS, certain regulatory developments pursuant to the “Basel II” rules would require Taunus to change the method with which it reports bank regulatory capital;

WHEREAS, certain regulatory developments pursuant to the proposed “Basel III” rules will affect the way regulators will measure a bank’s capital, which developments will require DBAG to take certain actions with respect to its United States banking operations conducted through DBNY;

WHEREAS, the Collins Amendment to the Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (“*Dodd-Frank*”) will require Taunus to take certain actions with respect to its ownership of DBAG’s United States banking chain in order to avoid certain adverse regulatory capital consequences;

WHEREAS, certain actions required to be taken by DBAG as a result of Dodd-Frank could result in further adverse affects to DBAG as a result of other bank regulatory developments;

WHEREAS, DBAG has concluded that certain of the adverse consequences resulting from compliance with Dodd-Frank and other regulatory developments would be mitigated by entering into transactions with Affiliate that would result in a tax grouping of DBNY and the Taunus Group as a single taxpayer for United States federal income tax and state and local tax purposes;

WHEREAS, DBAG has concluded that managing the DBNY business through a Regional Executive Committee would be advantageous for both business and regulatory purposes.

WHEREAS, the Parties are entering into this Agreement for the purpose of establishing their sharing of net profits and net losses with respect to, and in relation to their interests in, the business of DBNY; and

WHEREAS, simultaneously with the execution of this Agreement, the Parties have entered into the Operating Agreement (defined below), setting forth certain rights and obligations of DBAG and Affiliate with respect to the business of DBNY;

NOW, THEREFORE, in consideration of the mutual covenants and obligations set forth in this Agreement, the parties hereby agree as follows:

SECTION 1. Definitions. Capitalized terms not otherwise defined herein have the meaning set forth in this Section 1.

“Additional Investment Amount” has the meaning set forth in section 2(b).

“Affiliate Share” means Affiliate’s two (2) percentage interest in the Net Profits and Net Losses of DBNY.

“Assets” and *“Liabilities”* means the assets and liabilities of DBNY as reflected on the books and records established and maintained by DBAG for DBNY as of the Effective Date, including the assets and liabilities of the Consolidated Group. The Assets and Liabilities as of the Effective Date are set forth on the balance sheet and attached hereto as Exhibit B. The Assets and Liabilities as of the Effective Date may be increased and decreased (other than in the ordinary course of business) only by an action of the Board as set forth in the Operating Agreement; *provided* that the Assets will be increased by any payments made by Affiliate pursuant to Section 2(b) hereof. In the event the Parties determine that the Assets and Liabilities as of the Effective Date are not accurately reflected on the balance sheet attached hereto as Exhibit B, the balance sheet will be revised and corrected as necessary to accurately reflect the Assets and Liabilities as of the Effective Date in accordance with Section 2(a) hereof.

“Board” has the meaning set forth in the Operating Agreement.

“Branch Equity” means the allocation to DBNY of DBAG’s Total Equity pursuant to a risk-weighted capital allocation methodology calculated as of the date of the investment or at the end of the calendar year as the case may be, to be computed as follows: the product of (i) DBAG Total Equity multiplied by (ii) the quotient of (A) the average (for the calendar year) risk-weighted assets (*“RWA”*) attributable to DBNY divided by (B) DBAG’s total average (for the calendar year) RWA (under Basel II principles or such other principles then utilized by DBAG), also taking into account any additional amounts contributed (pursuant to section 2(b)) by or distributed (pursuant to sections 3(b) and 3(d)) to Affiliate during the calendar year.

“Cap” means eleven and one-half percent (11.5%) of the Investment Amount.

“**Code**” means the Internal Revenue Code of 1986, as amended from time to time.

“**Consolidated Group**” means the affiliated group of includible corporations that may, from time to time, join with DBNY as common parent in making a consolidated U.S. federal income tax return.

“**Cure**” has the meaning set forth in section 2(b).

“**DBAG Share**” means DBAG’s percentage interest in the Net Profits and Net Losses of DBNY, calculated as follows: one hundred percent (100%) minus the Affiliate Share.

“**Default**” has the meaning set forth in section 2(b).

“**Distribution Amount**” means, with respect to any Profit Year, the lesser of the Cap or the Profits Based Distribution, reduced, but not below zero, by the Loss Amount.

“**Effective Date**” means for all purposes December 31, 2011.

“**Excess Distribution**” has the meaning set forth in section 3(d).

“**Excess Earnings**” means the excess, if any, of the Profits Based Distribution over the Cap.

“**Investment Amount**” means at any time, the amount of Affiliate’s capital investment in DBNY, calculated as follows: the USD \$385 million contributed by Affiliate to DBNY as set forth in section 2(a), increased by any and all Additional Investment Amounts described in section 2(b), and reduced, but not below zero, by any and all distributions from DBNY to Affiliate described in sections 3(b) and 3(d).

“**Liquidation Rights**” means the Investment Amount, reduced, but not below zero, by the Loss Amount.

“**Loss Amount**” means the aggregate of Loss Participations for the current and all prior Loss Years, reduced, but not below zero, by the aggregate of amounts by which the Distributions Amounts have been reduced in all prior Profit Years, and further reduced, but not below zero, by Undistributed Earnings.

“**Loss Limitation Amount**” has the meaning set forth in section 2(c).

“**Loss Participation**” means, for any Loss Year, the product of the Affiliate Share multiplied by any Net Loss of DBNY, to be pro rated for the first year from the date of the investment.

“**Loss Year**” means any year during the Term during which there is a Net Loss.

“**Modified GAAP**” means United States Generally Accepted Accounting Principles (“GAAP”), modified to reflect conventions adopted by DBAG in the ordinary course of preparing the financial statements of DBNY.

“*Net Assets*” means the excess, if any, of the fair market value of DBNY’s Assets over its Liabilities, as reasonably determined by the Board.

“*Net Profits*” and “*Net Losses*” means, for each fiscal year or portion thereof, the net profits or net losses with respect to the Assets and Liabilities of DBNY as determined under Modified GAAP

“*Operating Agreement*” means the Operating Agreement, dated as of the date hereof and entered into between DBAG and Affiliate, a copy of which is attached hereto as Exhibit A.

“*Profits Based Distribution*” means, with respect to any Profit Year, the product of the Affiliate Share multiplied by DBNY’s Net Profits (to be pro rated for the first year from the date of the Investment).

“*Profit Year*” means any year during the Term during which there is a Net Profit.

“*Regional Executive Committee*” has the meaning set forth in the Operating Agreement.

“*Return of Capital*” means the aggregate amount of any and all dividends in any year that DBNY receives for U.S. tax purposes from one or more subsidiaries and that it is required to distribute in that year (all such dividends received in a year, the “**Dividends**”) to avoid application of Treasury Regulation section 1.894-1(d)(2).

“*Termination Date*” means the date set forth in the Operating Agreement.

“*Termination Payment*” has the meaning set forth in section 3(c).

“*Total Equity*” means DBAG, “Parent Company Only” Shareholders Equity, as shown on the DBAG Form 20-F (or as would be shown if the 20F were prepared on the date of the Investment), plus the book value of trust preferred securities qualifying as Tier 1 regulatory capital.

“*Treasury Regulation*” means the United States Income Tax Regulations promulgated under the United States Internal Revenue Code of 1986, as amended, as such regulations are amended from time to time.

“*Undistributed Earnings*” means, with respect to the current and all past Profit Years, the aggregate amount of all Excess Earnings.

SECTION 2. Revenue Sharing.

(a) The Parties hereby agree that in exchange for the contribution by Affiliate of the Investment Amount to DBNY, and subject to the terms of this Agreement, Affiliate is hereby granted for each year during the Term an interest in the Net Profits equal to the Distribution Amount and an interest in Net Losses equal to the Loss Participation attributable to the business activities of DBNY from the Effective Date until the Termination Date, as more fully set forth below. The Distribution Amount or Loss Participation is to be pro-rated for the first year from the Effective Date.

(b) In the event there is an increase during any year in Branch Equity (determined as of the last day of each calendar year by subtracting Branch Equity as determined for the immediately preceding calendar year from Branch Equity as determined for the current calendar year), then Affiliate will contribute to DBNY an amount that is equal to the Affiliate Share multiplied by such increase (the “*Additional Investment Amount*”). If necessary, valuations to calculate the Additional Investment Amount will be performed by person(s) or firm(s) designated by the Board (or the Regional Executive Committee, if so authorized by the Board), and the Additional Investment Amount shall be promptly provided to Affiliate by written (or electronic) notice. Failure by Affiliate to contribute an Additional Investment Amount pursuant to this section 2(b) within ten (10) days of such notice will constitute a default (“*Default*”). If such default continues for sixty (60) days after the date of written notice thereof has been given to Affiliate by DBAG, Affiliate will not be entitled to receive annual payments of the Distribution Amount for the year of Default and any subsequent year until such time as it makes contributions of any and all outstanding Additional Investment Amounts (“*Cure*”). Following Cure of a Default by Affiliate, Affiliate will be entitled to future annual payments of the Distribution Amount in years following the year of the Cure. The Additional Investment Amount shall be reflected in the Assets of DBNY and used in the conduct of DBNY’s business. The Parties agree that any contribution made pursuant to this Section 2(b) will be treated as a contribution by Affiliate to the capital of DBNY in connection with the maintenance of its Affiliate Share in DBNY for United States tax purposes.

(c) The interest of Affiliate in the Net Losses of DBNY, equal in any Loss Year to the Loss Participation, is not intended to and does not subject Affiliate to a share of the Net Losses of DBNY that, in the aggregate for all such Loss Years, exceed an amount equal to the Investment Amount (the “*Loss Limitation Amount*”). This amount is to be pro-rated for the first year from the Effective Date. The excess, in any Loss Year, of the Loss Participation for such year over the Loss Limitation Amount is to be allocated, in such Loss Year, to DBAG. Other than its interest in the Net Losses of DBNY as described and limited in the preceding sentence, Affiliate has no obligation to bear the Net Losses of DBNY and nothing in this Agreement creates or imposes an obligation on Affiliate to reimburse or indemnify DBAG or DBNY for any losses of Affiliate or DBNY beyond the Loss Limitation Amount. Nothing in this Agreement imposes an obligation on DBAG to reimburse or indemnify Affiliate for any losses that it incurs in connection with its interest in DBNY.

(d) The parties hereby acknowledge that the interest in Net Profits and Net Losses acquired by Affiliate pursuant to this Section 2 does not represent an interest of a creditor in the assets of DBNY and that such interest is subordinate in all respects to all of the creditors of DBNY.

SECTION 3. Payments and Distributions.

(a) Affiliate will be entitled to receive, for any Profit Year, payments and distributions from DBNY equal to the Distribution Amount with respect to its interest in the Net Profits of DBNY for such year, pursuant to Section 2(f) of the Operating Agreement, to the extent that the Liquidation Rights exceed zero. DBAG will be entitled to receive, in any Profit Year, the DBAG Share for such year with respect to its interest in the Net Profits of DBNY, pursuant to Section 2(f) of the Operating Agreement.

(b) Affiliate, to the extent that the Liquidation Rights exceed zero, and DBAG each will be entitled to receive their respective pro rata shares of any Return of Capital in any year during which DBNY receives Dividends, pursuant to section 2(f) of the Operating Agreement.

(c) On the Termination Date, Affiliate will be entitled to receive a payment from DBNY in an amount equal to the Liquidation Rights (the "**Termination Payment**"), plus the current year Profit Based Distribution, if any. The remaining Net Assets of DBNY, along with any further Net Profits and Net Losses of DBNY, will thereafter no longer be subject to the sharing arrangement between DBAG and Affiliate set forth in this Agreement and the Operating Agreement.

(d) In the event there is a decrease during a year in Branch Equity (determined as of the last day of each calendar year by subtracting Branch Equity as determined for the current calendar year from Branch Equity as determined for the immediately preceding calendar year), then to the extent that the Liquidation Rights exceed zero, DBNY will distribute to Affiliate within sixty (60) days of such calculation an amount calculated for such prior year that is equal to the excess of (i) the product of the Affiliate Share multiplied by such decrease in Branch Equity for that year minus (ii) the sum of (A) the absolute value of the Loss Participation for that year plus (B) all Return of Capital payments made by DBNY to Affiliate pursuant to section 3(b) (such excess, the "**Excess Distribution**") for that year. If necessary, valuations to calculate the Excess Distribution will be performed by person(s) or firm(s) to be designated by the Board (or the Regional Executive Committee if so authorized by the Board).

SECTION 4. Term. This Agreement will remain in effect until the Termination Date.

SECTION 5. Tax Treatment. The parties intend and agree that as a result of the transactions effected by this Agreement and the Operating Agreement DBNY will constitute a "business entity" for purposes of Treasury Regulation § 301.7701-1 *et seq.*. The Parties further agree (as set out more fully in the Operating Agreement) that an election pursuant to Treasury Regulation § 301.7701-3 will be filed on behalf of DBNY pursuant to which DBNY will elect to be treated as an association taxable as a corporation for United States federal income tax purposes.

SECTION 6. No Agency Relationship. This Agreement does not purport to, and the Parties agree that it does not, establish an agency relationship between DBNY and Affiliate.

SECTION 7. Modifications and Waivers. No supplement, modification, waiver, or termination of this Agreement or any provision hereof shall be binding unless executed in writing by all parties hereto. No waiver of any of the provisions of this Agreement shall constitute a waiver of any other provision (whether or not similar), nor shall such waiver constitute a continuing waiver unless otherwise expressly provided.

SECTION 8. Consent to Jurisdiction. By execution hereof, each party hereby consents to the non-exclusive jurisdiction of the courts of the State of New York with respect to any matter or action arising out of or in connection with this Agreement. Each party hereto

hereby irrevocably waives any objection which it may now or hereafter have to the laying of venue of any such suit, legal action, or proceeding brought in any such court that such action has been brought in an inconvenient forum and hereby consents to the service of process by mail.

SECTION 9. Governing Law. Pursuant to N.Y. Gen. Oblig. Law § 5-1401, the Parties agree that this Agreement shall be governed by the laws of the State of New York, without giving effect to principles of conflict of laws of that State.

SECTION 10. Binding Effect. The provisions of this Agreement shall survive closing of the assignments and shall be binding upon and inure to the benefit of the respective successors and permitted assigns of the parties to this Agreement.

SECTION 11. Transferability. The rights and obligations of each of the Parties under this Agreement may be transferred or assigned only upon written consent of each other Party, which consent may be given or withheld in the sole discretion of each other Party.

SECTION 12. Execution of Counterparts. This Agreement may be executed in any number of counterparts, each of which when so executed and delivered shall be deemed an original, but all of which shall together constitute one and the same instrument.

SECTION 13. Further Assurances. Each party will do such acts, and execute and deliver to any other party such additional documents or instruments as may be reasonably requested in order to effect the purposes of this Agreement and to better assure and confirm to the requesting party its rights, powers and remedies under this Agreement.

SECTION 14. Entire Agreement. This Agreement (including the Exhibits) constitutes the entire agreement among the parties with respect to the subject matter hereof and supersedes all prior agreements and undertakings, both written and oral, among the parties with respect to the subject matter hereof.

[SIGNATURE PAGE FOLLOWS]

IN WITNESS WHEREOF, the parties hereto have executed this Agreement as of the date first-above stated.

DEUTSCHE BANK AG

Name:
Title:

Name:
Title:

DEUTSCHE BANK FINANCIAL LLC

Name:
Title:

Name:
Title:

EXHIBIT A

OPERATING AGREEMENT

OPERATING AGREEMENT

This **OPERATING AGREEMENT** (this “*Agreement*”), dated as of December 31, 2011 (the “*Effective Date*”) is entered into by and among Deutsche Bank AG, a German AktienGesellschaft (“*DBAG*”), and Deutsche Bank Financial LLC, a Delaware limited liability company (“*Affiliate*” and together with DBAG, the “*Parties*”).

RECITALS

WHEREAS, DBAG is a stock corporation organized under the laws of Germany and is engaged in a wide range of banking and other financial activities;

WHEREAS, DBAG conducts some of its business activities through its New York Branch (“*DBNY*”) and other of its business activities through corporate subsidiaries organized under the laws of various States of the United States;

WHEREAS, Taunus Corporation, a Delaware corporation (“*Taunus*”), is the ultimate parent company of substantially all of DBAG’s United States subsidiaries (together with Taunus, the “*Taunus Group*”);

WHEREAS, Taunus is a bank holding company within the meaning of the U.S. Bank Holding Company Act of 1956, as amended, and is subject to regulatory oversight by the United States Federal Reserve System and the New York State Banking Department;

WHEREAS, certain regulatory developments pursuant to the “Basel II” rules would require Taunus to change the method with which it reports bank regulatory capital;

WHEREAS, certain regulatory developments pursuant to the proposed “Basel III” rules will affect the way regulators will measure a bank’s capital, which developments will require DBAG to take certain actions with respect to its United States banking operations conducted through DBNY;

WHEREAS, the Collins Amendment to the Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (“*Dodd-Frank*”) will require Taunus to take certain actions with respect to its ownership of DBAG’s United States banking chain in order to avoid certain adverse regulatory capital consequences;

WHEREAS, certain actions required to be taken by DBAG as a result of Dodd-Frank could result in further adverse affects to DBAG as a result of other bank regulatory developments;

WHEREAS, DBAG has concluded that certain of the adverse consequences resulting from compliance with Dodd-Frank and other regulatory developments would be mitigated by entering into transactions with Affiliate that would result in a tax grouping of DBNY and the Taunus Group as a single taxpayer for United States federal income tax and state and local tax purposes;

WHEREAS, DBAG has concluded that managing the DBNY business through a Regional Executive Committee would be advantageous for both business and regulatory purposes.

WHEREAS, simultaneously with the execution of this Agreement, the Parties have entered into a Revenue Sharing Agreement (defined below) setting forth their sharing of net profits and net losses with respect to, and in relation to their interests in, the business of DBNY;

WHEREAS, the Parties are entering into this Agreement for the purpose of establishing their rights and obligations with respect to, and in relation to their interests in, the business of DBNY as reflected in this Agreement and the Revenue Sharing Agreement;

NOW, THEREFORE, in consideration of the mutual covenants and obligations set forth in this Agreement, the parties hereby agree as follows:

SECTION 1. Definitions. Capitalized terms not otherwise defined herein have the meaning set forth in this Section 1.

“Regional Executive Committee” means the committee appointed by the Board and that is charged with managing the day to day affairs of DBNY.

“Revenue Sharing Agreement” means the Revenue Sharing Agreement, dated as of the date hereof and entered into between DBAG and Affiliate, a copy of which is attached hereto as Exhibit A.

“Termination Date” means the earlier of the end of the fiscal year of DBAG (the **“Year”**) (i) in which DBNY permanently ceases to conduct business activity, or (ii) during which DBAG provides written notice to the Affiliate that it desires to terminate this Agreement; provided however, if such written notice is provided within the last thirty (30) days of such Year, the end of the following Year.

“Treasury Regulation” means the United States Income Tax Regulations promulgated under the United States Internal Revenue Code of 1986, as amended, as such regulations are amended from time to time.

SECTION 2. Management of DBNY.

(a) **Board of Directors.** The parties hereby agree that management and control of the business of DBNY will be vested in a board of directors (the **“Board”**), which will initially consist of seven (7) members (each, a **“Member”**), such number subject to change to always be equal to the number of members of the management board of DBAG (the **“Vorstand”**).

(b) **Members.** Affiliate will be entitled to elect one (1) Member (the **“Affiliate Member”**), provided that the Affiliate Member must be both (i) a member of Affiliate’s board of directors and (ii) a member of the Vorstand. If Affiliate cannot satisfy that appointment condition, then DBAG shall have the right to appoint the Affiliate Member. DBAG will be entitled to elect the remaining six (6) Members (the **“DBAG Members”**), subject to a

change in the number of Members as described in section 2(a). Each Member will be entitled to one (1) vote with respect to any matter presented to the Members for their action or consideration at any meeting of the Board.

(c) **Meetings and Quorum.**

(i) **Place and Time of Meeting.** The meetings of the Board will be held in New York City, NY in the offices at which DBNY conducts its business, unless some other place within the United States is designated in the notice of the meeting. The Board will meet on an annual basis and such other times as it determines.

(ii) **Action by Written Consent.** Any action required or permitted to be taken by the Board may be taken without a meeting and will have the same force and effect as if taken by a vote of the Board at a meeting properly called and noticed, if authorized by the written consent of the number of the members of the Board as would be required to approve the action at a meeting of the Board. In no instance where action is authorized by written consent need a meeting of the Board be called or noticed. A copy of the action taken by written consent must be filed with the records of DBNY. The written consent may be executed in one or more counterparts and by facsimile, and each consent so executed shall be deemed an original.

(iii) **Quorum.** No action may be taken at a meeting of the Board unless a quorum of at least fifty (50) percent of its Members is present. If a quorum is present at any meeting of the Board, a majority vote of the Members present at the meeting will be the act of the Board. Except as otherwise provided in this Agreement, the action of a majority of the Members of the Board present in person or by proxy at any meeting at which there is a quorum, when duly assembled, is valid.

(d) **Powers of the Board.** The Board will have the right, power and authority to take any and all actions which the Board deems necessary, useful, or appropriate for the day-to-day management of the business of DBNY, including the rights and powers, without limitation, to:

(i) adopt rules and regulations necessary for the conduct of the meetings of the Board and the management of the affairs of DBNY, including adopting governance guidelines and committee charters, and appointing a Regional Executive Committee;

(ii) adopt, amend, or repeal by-laws or operating guidelines of DBNY;

(iii) adopt and implement management succession plans;

(iv) select, appoint, dismiss, review and evaluate the performance, including reviewing management compensation, of the senior executives and officers of DBNY;

(v) review and approve significant transactions, including the acquisition of additional assets by DBNY or a sale or disposition of DBNY's assets, in each case other than in the ordinary course of DBNY's business;

(vi) liquidate or dissolve DBNY;

(vii) cause DBNY to make contracts and incur liabilities, borrow money at such rates of interest it may determine, and secure any of its obligations by mortgage or pledge of all or any of its property or any interest therein, wherever situated;

(viii) establish risk limits regarding proprietary positions and review budgets and business projections;

(ix) subject to Section 2(f), certify annual distributions and make all payments and distributions to DBAG and Affiliate in respect of their respective interests in the net profits and net losses of DBNY, or designate a person who has this power and who is subject to the supervision of the Board; and

(x) charge the Regional Executive Committee with managing DBNY's daily affairs, including, but not limited to (i) the rights and powers listed in this section 2(d) and (ii) exercising the voting rights with respect to any subsidiary owned, for U.S. tax purposes, by DBNY.

(e) **Actions Requiring Affiliate Consent.** Notwithstanding any provision to the contrary in this Agreement, the Board or the Regional Executive Committee may not take any of the following actions without first obtaining the written consent of Affiliate:

(i) Any act that would be in contravention of this Agreement or the Revenue Sharing Agreement; and

(ii) Perform any act that would subject Affiliate to liability for the liabilities or obligations of DBNY or subject Affiliate to losses of DBNY in an amount beyond that to which it is subject pursuant to the terms of the Revenue Sharing Agreement.

(f) **Distribution and Payments from DBNY.** The Board or the Regional Executive Committee will distribute money or other property of DBNY (i) to the Parties pursuant to this Section 2 on an annual basis, upon certification by the Board or Regional Executive Committee, which certification shall be effectuated on a timely basis, in amounts described in Section 3(a) of the Revenue Sharing Agreement, or (ii) to Affiliate within 60 days after calculating a decrease in Branch Equity the Excess Distribution (as such terms are defined in the Revenue Sharing Agreement) as described in Section 3(d) of the Revenue Sharing Agreement, or (iii) to Affiliate on the Termination Date in the amount described in Section 3(c) of the Revenue Sharing Agreement, and the Parties agree that no such distributions or payments will or may be made other than pursuant to this Section 2(f) or Section 3 of the Revenue Sharing Agreement. The distributions and payments described in Sections 3(a) and 3(b) of the Revenue Sharing Agreement and made pursuant to this Section 2(f) must be made such that DBAG

receives an amount of money or property with an aggregate fair market value (as reasonably determined by person(s) or firm(s) to be designated by the Board (or the Regional Executive Committee, if so authorized by the Board)) equal to the DBAG Share of the aggregate amount of money and fair market value of property being distributed or paid, as DBAG's share of Net Profits or as DBAG's pro rata share of any Return of Capital, as the case may be, and Affiliate receives an amount of money or property with an aggregate fair market value (as reasonably determined by person(s) or firm(s) to be designated by the Board (or the Regional Executive Committee, if so authorized by the Board)) equal to the Distribution Amount or Affiliate's pro rata share of any Return of Capital, as the case may be. Any property of DBNY distributed pursuant to this Section 2(f) will thereafter no longer be subject to the sharing arrangement between the Parties as set forth in this Agreement and the Revenue Sharing Agreement.

SECTION 3. Income Tax Treatment and Reporting.

(a) **Entity Status.** The parties intend and agree that as a result of the transactions effected by this Agreement and the Revenue Sharing Agreement, DBNY will constitute a "business entity" for purposes of Treasury Regulation § 301.7701-1 *et seq.* The Parties further agree that the Board or its designee, or the Regional Executive Committee or its designee, and the Parties will file an Internal Revenue Service Form 8832 pursuant to which DBNY will elect to be classified as an association taxable as a corporation for United States federal income tax purposes.

(b) **Tax Returns and Reports.** The Board or the Regional Executive Committee shall cause to be prepared and timely filed all United States federal, state and local income tax returns and reports required to be filed by the DBNY consistent with its classification as a corporation.

SECTION 4. Term. This Agreement will remain in effect until Termination Date. On the Termination Date, the Board or the Regional Executive Committee shall cause DBNY to pay to Affiliate the Termination Payment pursuant to Section 3 of the Revenue Sharing Agreement.

SECTION 5. No Agency Relationship. This Agreement does not purport to, and the Parties agree that it does not establish an agency relationship between DBNY and Affiliate.

SECTION 6. Modifications and Waivers. No supplement, modification, waiver, or termination of this Agreement or any provision hereof shall be binding unless executed in writing by all parties hereto. No waiver of any of the provisions of this Agreement shall constitute a waiver of any other provision (whether or not similar), nor shall such waiver constitute a continuing waiver unless otherwise expressly provided.

SECTION 7. Consent to Jurisdiction. By execution hereof, each party hereby consents to the non-exclusive jurisdiction of the courts of the State of New York with respect to any matter or action arising out of or in connection with this Agreement. Each party hereto hereby irrevocably waives any objection which it may now or hereafter have to the laying of venue of any such suit, legal action, or proceeding brought in any such court that such action has been brought in an inconvenient forum and hereby consents to the service of process by mail.

SECTION 8. Governing Law. Pursuant to N.Y. Gen. Oblig. Law § 5-1401, the Parties agree that this Agreement shall be governed by the laws of the State of New York, without giving effect to principles of conflict of laws of that State.

SECTION 9. Binding Effect. The provisions of this Agreement shall survive closing of the assignments and shall be binding upon and inure to the benefit of the respective successors and permitted assigns of the parties to this Agreement.

SECTION 10. Transferability. The rights and obligations of each of the Parties under this Agreement may be transferred or assigned only upon written consent of each other Party, which consent may be given or withheld in the sole discretion of each other Party.

SECTION 11. Execution of Counterparts. This Agreement may be executed in any number of counterparts, each of which when so executed and delivered shall be deemed an original, but all of which shall together constitute one and the same instrument.

SECTION 12. Further Assurances. Each party will do such acts, and execute and deliver to any other party such additional documents or instruments as may be reasonably requested in order to effect the purposes of this Agreement and to better assure and confirm to the requesting party its rights, powers and remedies under this Agreement.

SECTION 13. Entire Agreement. This Agreement (including the Exhibits) constitutes the entire agreement among the parties with respect to the subject matter hereof and supersedes all prior agreements and undertakings, both written and oral, among the parties with respect to the subject matter hereof.

[SIGNATURE PAGE FOLLOWS]

IN WITNESS WHEREOF, the parties hereto have executed this Agreement as of the date first-above stated.

DEUTSCHE BANK AG

Name:
Title:

Name:
Title:

DEUTSCHE BANK FINANCIAL LLC

Name:
Title:

Name:
Title:

EXHIBIT B

ASSETS AND LIABILITIES

DRAFT

DBNY Branch Including Consolidated Group

Combined Balance Sheet

December 31, 2011

(in US GAAP, thousands USD)

Total Assets	=====
Total Liabilities	_____
Total Shareholders' Equity	
Total Minority Interest	_____
Total Equity	_____
Total Liabilities and Equity	=====

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

SONDERBEDINGUNGEN FÜR DIE ERHÖHUNG DER HAFTUNG IM RAHMEN DER ALLGEMEINEN AUFTRAGSBEDINGUNGEN VOM 1. JANUAR 2002

An die Stelle der in Nr. 9 Abs. 2 der beiliegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen genannten Beträge von EUR 4 Mio. bzw. EUR 5 Mio. tritt einheitlich der Betrag von EUR 5 Mio.

Falls nach Auffassung des Auftraggebers das voraussehbare Vertragsrisiko EUR 5 Mio. nicht unerheblich übersteigt, ist die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Verlangen des Auftraggebers bereit, bei Möglichkeit einer Höherversicherung bei einem deutschen Berufshaftpflichtversicherer dem Auftraggeber eine entsprechend höhere Haftungssumme anzubieten, wobei über einen dadurch entstehenden Prämienmehraufwand noch eine gesonderte Vereinbarung zwischen dem Auftraggeber und der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu treffen wäre.

Die vorstehenden Regelungen finden keine Anwendung, soweit für eine berufliche Leistung, insbesondere bei einer gesetzlichen Prüfung, eine höhere oder niedrigere Haftungssumme gesetzlich bestimmt ist. Hier muss es bei der gesetzlichen Haftungsregelung bleiben.

Bei Zusammentreffen mehrerer Schadensursachen haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Rahmen der erhöhten Haftungssumme nur in dem Maße, in dem ein Verschulden ihrerseits oder ihrer Mitarbeiter im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat; dies gilt insbesondere in jedem Falle der gemeinschaftlichen Auftragsdurchführung mit anderen Berufsangehörigen. Wird im Einvernehmen mit dem Auftraggeber zur Auftragsdurchführung ein Dritter eingeschaltet, so haftet die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nur für ein Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft